

BEBAUUNGSPLAN 1 : 500



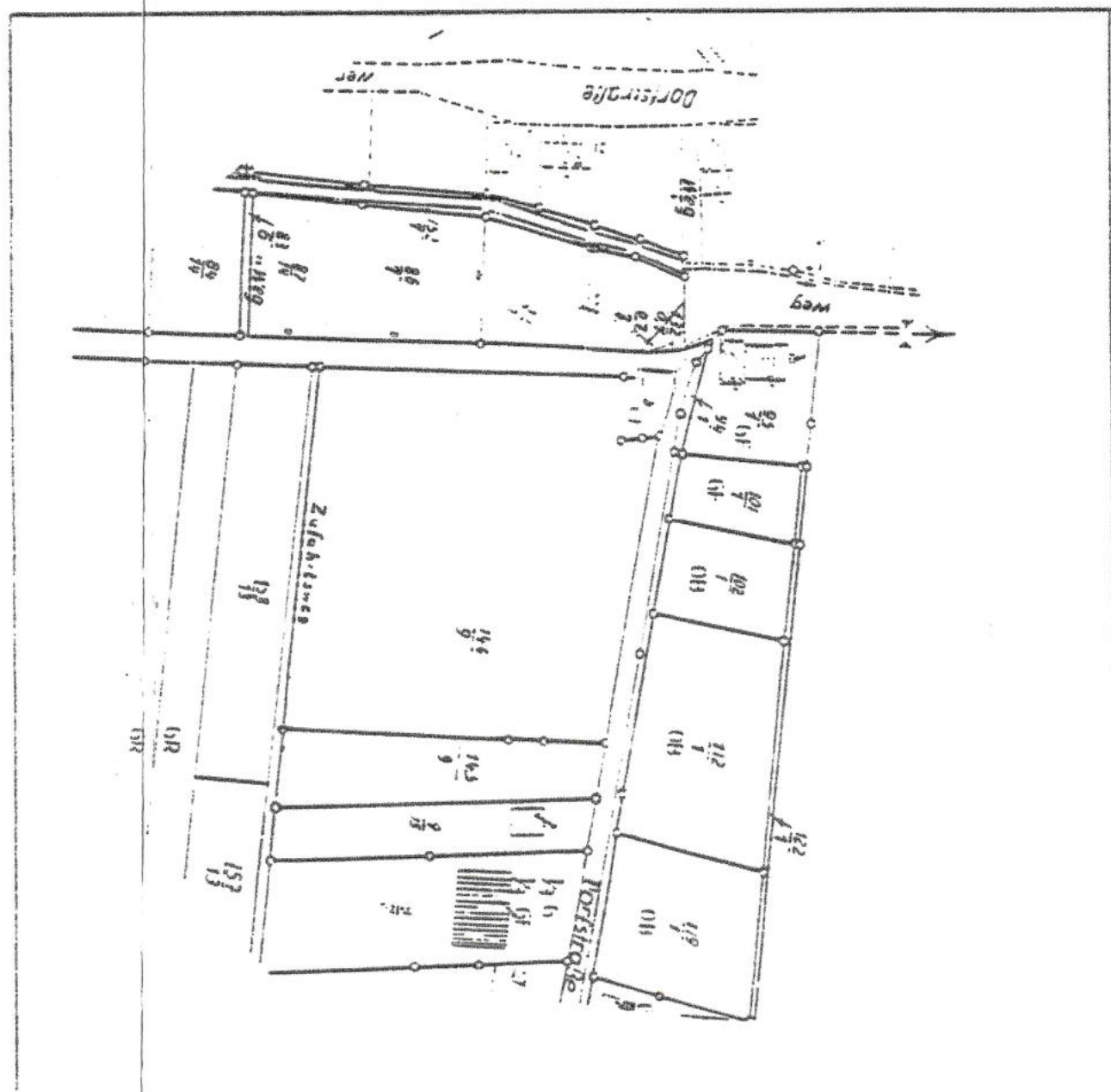
Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die stützenden besonderen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 1.10.1992). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.
Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Öffentlichkeit ist einwandfrei möglich.

Ort, Datum: 3. Mai 1994
Offizieller bestellter Vermesser
Unterschrift



Eigentümerverzeichnis					Gemarkung: Korbeltz				
Flur	Flurst.	LGB-Nr.	Eigentümer	Fläche m²	Flur	Flurst.	LGB-Nr.	Eigentümer	Fläche m²
5	146/3	32	Gent, Gustav und Ingeborg	1839	5	158/13	390	Harold, Andreas Fischer Sigrid	4863
	156/13	390	—	2170		8	52	Lemke, Marie	—
	23/4	52	—	—		45	283	EdV/RT: Rat des Bezirkes Straßenwesen	—
	145/19	446	Wendefuer, Lohar und Barbara	—					—

AUSSCHNITT KATASTERPLAN M 1 : 2500



Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBl. I S. 2253) zuletzt geändert durch das Investitionsförderungs- und Wohnungsbau-Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466).

Vereinbarung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsvereinbarung - BaunVVO) in der Bekanntmachung der Notarisation vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bestimmung von Wohnbündeln vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466).

Vereinbarung über die Ausweisung der Bauplätze und die Darstellung des Planinhalts (Planinhaltsvereinbarung - PlanVVO) in der Fassung vom 30.07.1993.

Bauordnung und die Vorschriften zu ihrem Vollzug in der neuen Bundesländer in der Fassung vom 30.07.1990 sowie 11. Aktualisierung und Ergänzung vom November 1993.

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN zum Bebauungsplanentwurf B 02/92 Gemeinde Korbeltz Allgemeines Wohngebiet "Waltersdorfer Weg"

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN § 9 Abs. 1 BauGB i.V.m. BaunVVO

1. Art der baulichen Nutzung - § 9 Abs. 1, Nr. 1 BauGB
Allgemeines Wohngebiet § 4 BaunVVO i.V.m. § 1 Abs. 5 BaunVVO
Von den allgemein zulässigen Nutzungen sind Schenk- und Spielwiesen ausgenommen.
Die Ausnahmen des § 4 Abs. 3 BaunVVO werden nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

2. Maß der baulichen Nutzung - § 9 Abs. 1, Nr. 1 BauGB
Das Maß der baulichen Nutzung ist durch Planierung von Grundflächenzahl und der Zahl der Vollgeschosse i.V.m. der Höhe baulicher Anlagen festgesetzt.

Höhe der baulichen Anlagen - § 18 BaunVVO
Für die Höhe baulicher Anlagen gilt die festgesetzte maximale Zahl der Vollgeschosse i.V.m. der in der Planzeichnung festgesetzten minimalen Traufhöhe. Höhenbegrenzung ist die Oberkante der Grundkante der angrenzenden Verkehrsfläche in Grundkantenlinie. Bei Eckgrundstücken liegt der Höhenbegrenzungspunkt von der breiteren Grundkantenlinie.

3. Bauweise - § 9 Abs. 1, Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 BaunVVO
Die Bauweise ist durch Planierung als offene Bauweise festgesetzt.

4. Überbaubare Grundstücksfläche - § 9 Abs. 1, Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 BaunVVO
Die überbaubare Grundstücksfläche sind in der Planzeichnung durch Baugrenzen festgesetzt.

5. Mindestbreite der Baugrundstücke - § 9 Abs. 1, Nr. 3 BauGB
Die Mindestbreite der Baugrundstücke ist auf 10 m festgesetzt.

6. Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Gärten - § 9 Abs. 1, Nr. 4 BauGB
Nebenanlagen, die Gebäude im Sinne des § 2 Abs. 2 BauO darstellen, Stellplätze und Gärten sind innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.
Mit den Gärten ist zur Straßengrenze hin der Verkehrsflächen ein Mindestabstand von 3 m (senkrechte Zufahrt) einzuhalten. Zu den "Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung: Wohnweg" kann von dieser Festsetzung abgewichen werden.

7. Verkehrsflächen - § 9 Abs. 1, Nr. 11 BauGB
Die als "Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung: Wohnweg" festgesetzten Flächen sind als Mischflächen einseitig auszubauen. Sie sind von den sonstigen Verkehrsflächen durch Belag optisch abzugrenzen und zu gestalten.

8. Öffentliche Grünflächen - § 9 Abs. 1, Nr. 15 BauGB
Die öffentlichen Grünflächen sind gärtnerisch zu gestalten und/oder zu erhalten. Bepflanzte Flächen sind nur zulässig, wenn sie mit einer wasserhaltenden Decke versehen werden.
Die Aussagen des GOP sind zu berücksichtigen.

9. Planungen, Nutzungsregelungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft - § 9 Abs. 1, Nr. 25 BauGB

10. Anpflanzen von Bäumen + Sträuchern § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
Entsprechend den Festsetzungen des zeichnerischen Teils dieses Bebauungsplanes sind von den Grundstücksanliegern je Grundstück mindestens ein standortgerechter, einheimischer Hochstamm zu pflanzen und darauf zu achten.
Die Artenliste ist dem GOP zu entnehmen.

11. Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzung § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
Die im Plan gekennzeichneten Flächen für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern entlang der wesentlichen Bebauungsgrenzen sind mit einheimischen, standortgerechten Sträuchern zu bepflanzen und auf Dauer zu unterhalten. Hierfür sind je qm mind. 1 Strauch, 2 x v. je 100 qm mind. 1 Strauch, 3 x v. je 200 qm mind. 1 Strauch, 3 x v. je 400 qm mind. 1 Strauch zu pflanzen. Die Pflanzung ist in unregelmäßiger, gärtnerischer Gruppierung auszuführen.

12. Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
Die parallel zu den äußeren Erschließungsstraßen verlaufenden Baulandstreifen mit einzelnen Obstbäumen sind zu erhalten und durch eine regelmäßige Pflanzung von Obstbäumen aus Halb- und Hochstämmen "alter" Sorten zu ergänzen und auf Dauer zu unterhalten. Auf die Anwendung von Spritzmitteln ist zu verzichten.
Die Gras- und Krautflächen dürfen höchstens zweimal pro Jahr, im Juli und September gemäht werden.
Die Anlage von beständigen Grundstückszufahrten ist zulässig.

13. Sonstige Festsetzungen
Das auf den Dachflächen anfallende Regenwasser ist entweder auf dem jeweiligen Grundstück zur Versickerung zu betreten oder über offene Gräben oder Rohrleitungen der Wasseroberfläche in die öffentlichen Grünflächen zuzuführen.

II. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN § 83 BauO

Bauordnung für die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

1. Äußere Gestaltung baulicher Anlagen - § 83 Abs. 1, Nr. 1 BauO

1.1. Fassadengestaltung § 83 Abs. 1

Die Fassaden der Gebäude sind zu verputzen, in Sichtmauerwerk auszuführen oder mit Holz zu verkleiden. Fassadenbegrünungen und Wintergrünen sind zulässig.

1.2. Dachgestaltung § 83 Abs. 1 BauO

Die Dächer der Gebäude sind als Satteldächer mit 30 - 40 Grad Dachneigung auszuführen und mit roten oder grauen Dachziegeln oder -ziegeln zu decken. Flachdächer sind auf Nebenbauten und Gärten zulässig. Anlagen zur Gewinnung von Sonnenenergie auf den Dächern können zugelassen werden.
Dachaufbauten, Dachschritte und Zwerchgehäusen sind die Gesamthöhe der Dachaufbauten darf den First nicht überschreiten.
In begründeten Fällen ist eine Abweichung von den vorgeschriebenen Dachneigungen zulässig.

2. Gestaltung der unbebauten Flächen bebauter Grundstücke und deren Einfriedung § 83 BauO

2.1. Gestaltung der unbebauten Flächen bebauter Grundstücke § 83 BauO Abs. 4
Vorgärten dürfen nicht als Arbeits- oder Lagerflächen genutzt werden.
Die strukturgebenden Grundstücksflächen sind zu mindestens 30 % gärtnerisch zu gestalten und zu erhalten.

2.2. Einfriedungen § 83 BauO Abs. 4

Entlang der Straßengrenzen sind offene Einfriedungen mit Heckenschnitt- oder Heckenpflanzungen zulässig. Ausnahmeweise können Stützmauern zugelassen werden. Die Einfriedungen dürfen eine Höhe von 0,6 m nicht überschreiten.
Entlang der seitlichen und rückwärtigen Grundstücksgrenzen sind offene Einfriedungen, auch mit Heckenschnittpflanzung (Höhe max. 1,20 m) zulässig.

2.3. Abfallbehälter § 83 BauO Abs. 4

Abfallbehälter sind in bauliche Anlagen zu integrieren oder mit einer Strauch- oder Heckenpflanzung zu umfassen.

Hinweise

1. Archäologische Funde

Archäologische Funde (auffällige Bodenröhren, Gefäßscherben, Gräber, Knochen, Geräte aus Stein und Metall, historische Hügel, Steinsetzungen aller Art u.s.) sind umgehend der Unteren Denkmalschutzbehörde anzuzeigen.

2. Ver- und Entsorgung

Die Wasserversorgung ist an das vorhandene System anzuschließen.

3. Grünordnung

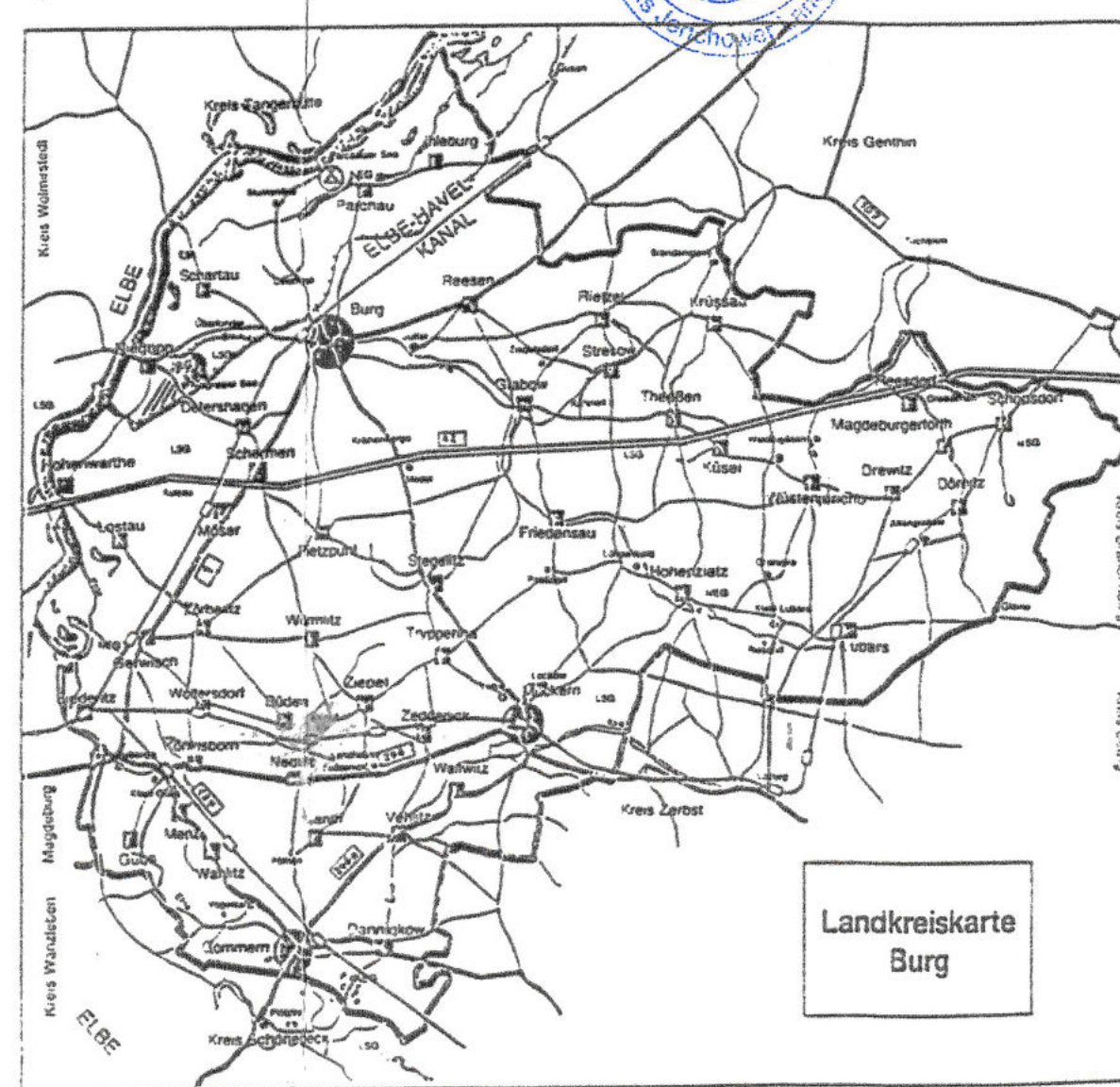
Solten im Bereich zu erhaltender Pflanzungen Baumaßnahmen (bzw. im angrenzenden Straßenumfeld) den Wurzelraum der Gehäusen betreffen sind Baum- und Wurzelstützmaßnahmen nach BfL-LG 4 durchzuführen.

Auf den beigefügten Grünordnungsplan wird verwiesen.

Die Bauplanungsrechtlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes "Waltersdorfer Weg" sind aufgrund des § 85 Abs. 5 der BauO LSA vom 20.12.2005 nicht mehr rechtskräftig.
Die Gemeinde hat die Weitergeltung der im Bebauungsplan festgesetzten örtlichen Bauvorschriften nicht bestimmt.

Möser, 29.10.2019

Bürgermeister Köppen



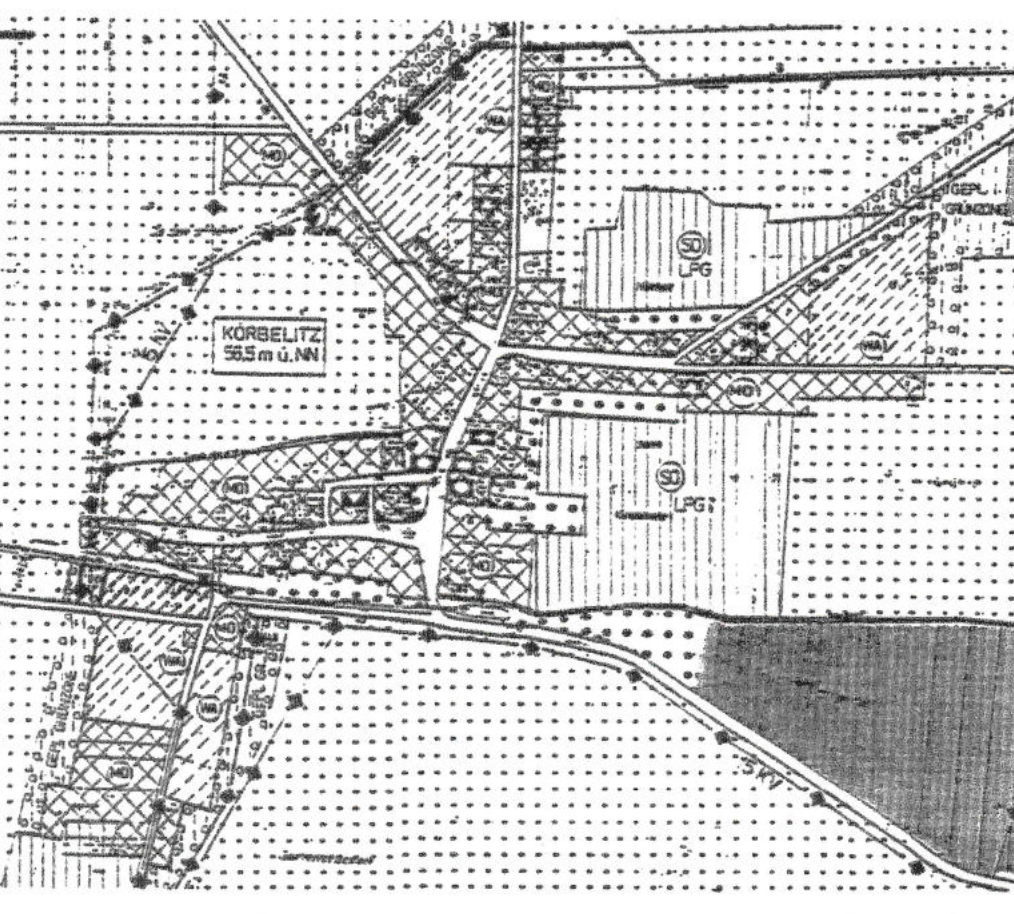
Planzeichenfestsetzung

Nutzungsbezeichnung	Zahl der Vollgeschosse
Art der baulichen Nutzung	Grundflächenzahl
Maximale Höhe baulicher Anlagen	Bauweise
	Einzel- und Doppelhäuser

WA	Allgemeines Wohngebiet § 4 Abs. 2 Nr. 1 § 9 (1) Nr. 1 BauGB, § 4 BaunVVO
0,3	Grundflächenzahl § 4 Abs. 2 Nr. 1, § 9 (1) Nr. 1 BauGB, §§ 16, 17, 20 BaunVVO
TH	Maximale Höhe baulicher Anlagen § 4 Abs. 2 Nr. 1 § 9 (1) Nr. 1 BauGB, §§ 16, 18 BaunVVO
o	Offene Bauweise § 9 (1) Nr. 2 BauGB, § 22 BaunVVO
ED	Nur Einzelhäuser + Doppelhäuser zulässig § 9 (1) Nr. 2 BauGB, § 22 BaunVVO
Baugrenze	Baugrenze § 9 (1) Nr. 2 BauGB, § 22 BaunVVO
Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung	Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung § 9 (1) Nr. 11 Abs. 6 BauGB
Zweckbestimmung	Zweckbestimmung § 9 (1) Nr. 2 BauGB, § 22 BaunVVO
Einfriedungsbereich	Einfriedungsbereich § 9 (1) Nr. 11, Abs. 6 BauGB
Bereich ohne Ein- und Ausfahrt	Bereich ohne Ein- und Ausfahrt § 9 (1) Nr. 11, Abs. 6 BauGB
Öffentliche Grünfläche	Öffentliche Grünfläche § 9 (2) Nr. 6 Abs. 4, § 9 (1) Nr. 15 BauGB
Wasserflächen	Wasserflächen § 9 (2) Nr. 7 Abs. 4, § 9 (1) Nr. 16 Abs. 6 BauGB
Fläche für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzungen	Fläche für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzungen § 9 (1) Nr. 25a BauGB
Anpflanzen von Bäumen	Anpflanzen von Bäumen § 9 (1) Nr. 25a BauGB
Erhaltung von Bäumen (Hochstämmen)	Erhaltung von Bäumen (Hochstämmen) § 9 (1) Nr. 25a, Abs. 6 BauGB
Umgrenzung von Flächen für die Wasserversorgung, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserflusses	Umgrenzung von Flächen für die Wasserversorgung, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserflusses § 9 (2) Nr. 7 und Abs. 4, § 9 (1) Nr. 16 und Abs. 6 BauGB
von jeglicher Bebauung freizuhalten	von jeglicher Bebauung freizuhalten § 9 Abs. 7 BauGB
Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches	Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches § 9 Abs. 7 BauGB
sonstige Planzeichen	sonstige Planzeichen
vorhandene Grundstücks- und/oder vorgeschriebene Grundstücksgrenzen	vorhandene Grundstücks- und/oder vorgeschriebene Grundstücksgrenzen

TEILFLÄCHENNUTZUNGSPLAN

ENTWURF M 1 : 10000



BEBAUUNGSPLAN 02/92

mit örtlichen Bauvorschriften

Für den Bereich:

Allgemeines Wohngebiet "Waltersdorfer Weg"

Rechtsgrundlagen:

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBl. I S. 2253) zuletzt geändert durch das Investitionsförderungs- und Wohnungsbau-Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466) und (BaunVVO) vom 23.01.1990.

Vereinbarung über die bauliche Nutzung von Grundstücken (Baunutzungsvereinbarung - BaunVVO) in der Bekanntmachung der Notarisation vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bestimmung von Wohnbündeln vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466).

Vereinbarung über die Ausweisung der Bauplätze und die Darstellung des Planinhalts (Planinhaltsvereinbarung - PlanVVO) in der Fassung vom 30.07.1993.

Bauordnung und die Vorschriften zu ihrem Vollzug in der neuen Bundesländer in der Fassung vom 30.07.1990 sowie 11. Aktualisierung und Ergänzung vom November 1993.

Planverfasser:

BORHO & PARTNER
ARCHITEKTEN UND INGENIEURE
DARMSTADT BURG GEBÜTEN

Festsetz.: Februar 1994
Merkmal: 1:500

Telefax: 06924/2341 Mayhofen Str. 37 D-39288 Burg

Vertretungsverzeichnis:

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 29.09.1992.
Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln vom 01.10.1992 bis zum 30.10.1992 erfolgt.

Ort, Datum, Siegelabdruck Korbeltz, den 29.03.1994
Unterschrift Der Bürgermeister



2. Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 246 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 3 BauZVO beteiligt worden.

Ort, Datum, Siegelabdruck Korbeltz, den 29.03.1994
Unterschrift Der Bürgermeister



3. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist mit Aushang durchgeführt worden.

Ort, Datum, Siegelabdruck Korbeltz, den 29.03.1994
Unterschrift Der Bürgermeister



4. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 25.01.1993 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Ort, Datum, Siegelabdruck Korbeltz, den 29.03.1994
Unterschrift Der Bürgermeister



5. Die Gemeindevertretung hat am 15.12.1992 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Aushang bestimmt.

Ort, Datum, Siegelabdruck Korbeltz, den 29.03.1994
Unterschrift Der Bürgermeister



6. Die Einwurfe des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 08.01.1993 bis zum 22.03.1993 während folgender Zeiten

Gemeinde Korbeltz:	13.00 - 17.00 Uhr
Bauamt Höhenwerthe:	
Montag:	9.00 - 12.00 Uhr
Dienstag:	9.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 16.00 Uhr
Dienstag:	9.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 17.00 Uhr
Freitag:	9.00 - 12.00 Uhr

nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können - bei Bekanntmachung durch Aushang in der Zeit vom 15.12.1993 bis zum 22.03.1993 durch Aushang - ortsüblich bekanntgemacht worden.

Ort, Datum, Siegelabdruck Korbeltz, den 29.03.1994
Unterschrift Der Bürgermeister



7. Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 28.09.1993 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Ort, Datum, Siegelabdruck Korbeltz, den 29.03.1994
Unterschrift Der Bürgermeister



8. Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 29.03.1994 von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluß der Gemeindevertretung vom 29.03.1994 geteilt.

Ort, Datum, Siegelabdruck Korbeltz, den 29.03.1994
Unterschrift Der Bürgermeister



9. Die Genehmigung dieser Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Verfügung der hiesigen Verwaltungskollegie vom 02.04.1994.

Ort, Datum, Siegelabdruck Korbeltz, den 29.03.1994
Unterschrift Der Bürgermeister



10. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgeteilt.

Ort, Datum, Siegelabdruck Korbeltz, den 29.03.1994
Unterschrift Der Bürgermeister

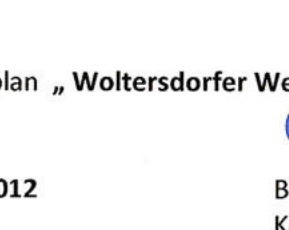


11. Die Einteilung der Genehmigung des Bebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskünfte zu erhalten ist, sind durch Aushang in der Zeit vom 06.09.1994 bis zum 17.10.1994 ortsüblich bekanntgemacht worden.

In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erheben von Entschädigungsansprüchen (§§ 44, 246 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist am 06.09.94 in Kraft getreten.

Ort, Datum, Siegelabdruck Korbeltz, den 29.03.1994
Unterschrift Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan "Waltersdorfer Weg" wird hiermit ausgeteilt.
Möser, 04.06.2012
Bürgermeister Köppen



Die Bekanntmachung erfolgte am 06.09.1994 im Amtsblatt des Landkreises Jerchow Land rüchewer vom 06.09.1994.

Möser, 06.09.1994
Bürgermeister Köppen



Regierungspräsidium Magdeburg
Genehmigt gemäß Verfügung vom heutigen Tage

mit Aufgebot des Reg. Präs. vom 19.10.1994
im Auftrage

SSG